

Es brodelt

Interview mit Oskar Negt

Kaum jemand kennt sich mit den Folgen von Ökonomisierung und Technisierung des Alltags für die Menschen so gut aus wie der Soziologe und Sozialphilosoph Oskar Negt. Im TUP-Interview ist er aufgrund des ökonomischen Drucks auf zahlreiche Lebensbereiche einerseits nachdenklich gestimmt. Andererseits erkennt er Protestenergien, die sich dem widersetzen können. Negt plädiert dafür, den Menschen die Bedeutung eines funktionierenden Gemeinwens wieder klarer vor Augen zu führen – in Kitas, Schulen, Universitäten und im öffentlichen Diskurs.

TUP: Herr Professor Negt, in Ihrem Buch „Arbeit und Würde“ weisen Sie an einer Stelle auf eine Passage von Karl Marx hin, in der dieser von der „reellen Subsumption der Menschen unter das Kapital“ spricht, diese aber seinerzeit und perspektivisch für unmöglich hielt. Sie weisen diesem Hinweis von Marx für die Analyse der Gegenwart eine große Bedeutung zu. Was genau ist die „reelle Subsumption“? Und was spricht dafür, dass dies als Beschreibung für die Gegenwart taugt?

Negt: Meine Generation denkt natürlich gerne in Kategorien, wenn wir bestimmte Verhältnisse erklären wollen. „Reelle Subsumption unter das Kapital“ bedeutet, dass nicht mehr nur die äußeren Bedingungen, unter die der Mensch geworfen ist, zentral sind, sondern dass das Kapital die innere Verfasstheit der Subjekte erreicht hat. Sprich: Es berührt den Subjektanteil. Der Lebenszusammenhang ist erfasst. Und genau das ist heute der Fall: Die Menschen haben Anteile an diesem fatalen System in sich. Es ist aber nicht nur die Ökonomisierung des gesellschaftlichen Lebens. Es ist vielmehr die Umorientierung jener Normen, an denen ich mein Verhalten und Denken orientiere. Es verändert sich etwa die Vorstellung von Werten, die mit Ökonomisierung gar nichts zu tun haben, aber plötzlich davon berührt werden. Zugleich sind immer wieder Protest und Gegenbewegungen erkennbar.

Für Immanuel Kant war Würde etwas, was nicht tauschbar ist. Würde hat keinen Preis, so Kant. Es gibt Menschen, die sich weigern, ganz in den Normenzusammenhang der ökonomischen Entwicklung einbezogen zu werden. Daher würde ich nicht sagen, dass die Protestenergien quantitativ geringer geworden sind. Aber sie sind anders. Sie sind nicht auf konstituierte Gegenbewegungen wie die Arbeiterbewegung oder die Gewerkschaften bezogen. Diese Dinge sind nicht mehr Träger einer solchen Bewegung. Es existiert keine Ruhe. Das System brodelt. Unruhe, die jederzeit explodieren kann.

Warum?

Ein zentrales Problem unserer Zeit besteht darin, dass es drei große Entwertungen in der fortgeschrittenen Gesellschaft gibt: die Entwertung von Erfahrung, die Entwertung von Erinnerung und vor allen Dingen die Entwertung von Bindungen. Der Kapitalismus ist ja nicht nur ein Wirtschaftssystem, sondern beruht auch darauf, dass möglichst wenig haltbare Bindungen der Menschen entstehen. Vor allem deshalb, weil Warenproduktion als totalisierte Form nicht möglich ist. Diese drei großen Entwertungen führen natürlich dazu, dass ganz andere Energien entstehen.

Ich selbst mache ja keine empirischen Untersuchungen. Aber wo immer ich auftrete, habe ich das Gefühl, dass sehr viele Menschen aufmerksam zuhören und viele Dinge sich als Protest organisieren. Nicht nur individuell, sondern auch in kollektiven Formen.

Würden Sie also davon sprechen, dass zu bestimmten Themen, die den Leuten unter den Nägeln brennen, auch Protestpotenzial existiert?

Ja. Protestpotenzial bis zu dem Punkt der Empörung über Ungerechtigkeit und deren Folgen. Aber die Situation ist nicht einfacher geworden; das muss man schon zugeben. Ich neige dazu, dass die Gewerkschaften miteinbezogen werden sollten; doch auch deren Einfluss mit Blick auf die Emanzipation von ökonomischen Zwängen und den Umständen ist mäßig.

Mit Blick auf ihre Mitglieder mögen die Gewerkschaften ja eventuell erfolgreiche Arbeit leisten. Aber als gesellschaftlicher Interventionsfaktor für Fragen von Weiterentwicklung des Sozialstaates oder Fragen von demokratischer Teilhabe werden sie weniger wahrgenommen oder fallen gar aus. Woran liegt das?

Jedenfalls werden die drei Mandatserweiterungen, die ich für die Zukunftstauglichkeit von Gewerkschaften vorgeschlagen habe – das Interessenmandat, das kulturelle Mandat und das politische Mandat –, nicht wahrgenommen. Wenn die Gewerkschaften reduziert werden sollten auf eine Art linker ADAC, würden sie ihre historische Substanz verlieren und damit eigentlich auch überflüssig werden.

Was sind die Gründe für die Verluste etwa der kulturellen und politischen Wirksamkeit?

Eine Rolle spielt der Zusammenbruch eines von uns nicht als Sozialismus betrachteten Alternativsystems. Das heißt also, der Zusammenbruch dessen, was Sozialismus und Kommunismus war, spielt eine depressive Rolle in der Wahrnehmung der Welt für die Linke. Für die Linke war es so, dass sie durch die Teilung der Welt eine Art Abgrenzungsrealität hatte. Man konnte sagen: Das ist nicht der Sozialismus, den wir wollen. Diese Art der Abgrenzungsrealität verschwindet.

Wie konnte sich eigentlich die inzwischen so wirkmächtige Denkweise von Ökonomisierung durchsetzen?

Das ist schwer zu sagen.

Man sagt ja immer, dass die Zeit ab Mitte der 1980er-Jahre unter Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA ein Steinbruch war ...

... das spielt sicherlich eine zentrale Rolle. Ebenso die Schröder-Reformen 2003. Gemein sind ihnen allen, dass der Abbau von Begrenzungen und Grenzen befördert wurde. Vieles wird seitdem einfach dem Gesetz der Warenproduktion überantwortet. Stück für Stück wurde so die Steuerung gesellschaftlicher Verhältnisse unmöglicher. Ich glaube, dass der Verlust der Steuerung bis hin in die Flüchtlingsfrage geht. Das heißt, es besteht die Ohnmacht gegenüber einem System, das sich aus sich selbst heraus die Macht verschafft, die es benötigt, um erfolgreich existieren zu können.

Der Sozialismus ist am Ende. Die Alternativen sind nicht mehr sichtbar. Die zentrale Frage lautet daher nun: Wie gestaltet man den entgrenzten Kapitalismus aus, um diesen wieder zu begrenzen?

Alles mit Konsequenzen für die Frage der Bedeutung von Arbeit. Grundsätzlich gefragt: Was ist Arbeit und welche Bedeutung hat sie in den letzten Jahrhunderten für die Menschen bekommen? Wie konnte es zum gegenwärtigen Verständnis von Erwerbsarbeit als Stifterin von Identifikation und Anerkennung kommen?

Nach wie vor ist Erwerbsarbeit ein wichtiger Bestandteil der Ich-Konstruktion der Menschen, des Selbstbewusstseins, der Selbstwürdigung. Es wird aber immer schwieriger – auch in Mittelschichten –, aus dieser fragmentierten Berufsperspektive so etwas aufzubauen wie ein Fundament für eine Identitätsbildung, die für die Individuen ausreicht. Zumal die technologische Entwicklung, die Digitalisierung der Welt, ein Ausmaß angenommen hat, das niemand voraussehen konnte. Die damit verbundene Entwertung von traditionellen Berufsstrukturen hat wiederum dazu geführt, dass Identitätsbildungszentren verschwinden.

Nehmen Sie noch einmal die Flexibilisierung. Flexibilisierung war ja ein Freiheitsversprechen. Die freie Beweglichkeit des Menschen lässt sich aber nur bis zu einem bestimmten Punkt mit Identitätsbildung vereinbaren. Mit Blick auf die Lebensperspektiven wird es für die Menschen immer schwieriger, sich an verschiedenen Orten festzusetzen; vielfach haben die Menschen eigentlich keinen verwurzelten Halt mehr. Sie werden aus ökonomischen Gründen herumgestoßen. Ein Betrieb in Leipzig hat vor ein paar Monaten verkündet, dass bald 700 Leute entlassen werden müssen. Das Ganze erregt gar kein Aufsehen mehr. Dabei wird hier mit den Menschen gespielt. Diese Form der Entwürdigung des menschlichen Daseins nimmt ganz andere Formen an als etwa vor zwanzig Jahren, als im Hintergrund noch eine konstituierte Arbeiterbewegung stand, die das Ganze fest im Blick hatte.

*Diese Entwicklung wurde ja flankiert vom „Schlankmachen“ des Sozialstaats durch verantwortliche Politiker*innen. Wie konnte es so weit kommen?*

Hegel sagt zwar, was sie lernen, besteht nur darin, dass sie nichts lernen. Das glaube ich nicht. Ein großer Lernprozess ist nach dem Dreißigjährigen Krieg auszumachen. Es wurde versucht, bestimmte Rechtsformen zu entwickeln, die es ermöglichen, wenigstens konstituierte Kriege zu ermöglichen; nicht nur das gegenseitige dauernde Morden. Der Lernprozess nach 1945 bestand darin, dass der Sozialstaat als wichtigster Bestandteil des gesellschaftlichen Lebenszusammenhangs und des ökonomischen Systems angenommen wurde. Der Sozialstaat ist nicht nur eine Sache für die Bedürf-

tigen. Er wurde zum Gerüst. Denn nur die Menschen, die keine Angst haben, verteidigen die Demokratie. Der angstfreie Mensch ist der eigentliche Träger. Und jetzt entwickelt sich immer stärker der Angstrohstoff in der Gesellschaft. Von „Rohstoff“ spreche ich deshalb, weil das ein verwertbares Potenzial ist. Die politische Rechte verwertet es destruktiv; die politische Linke könnte es konstruktiv verwerten.

Die Idee des Sozialstaats ist tief verankert bei den Menschen. In entsprechenden Umfragen sind mindestens zwei Drittel bis drei Viertel der Menschen der Meinung, dass staatliche Absicherung wichtig ist. Es wird aber seit mindestens zwanzig Jahren das Gegenteil in der Politik gemacht. Dieses Auseinanderklaffen von Wahrnehmung der Realitäten, wie entsteht so etwas? Haben Sie eine Idee?

Nein, ich habe keine Idee. Nur: Die Ursachenbedingungen haben eine lange Geschichte. Die Entwertung des Gemeinwesens, der Gemeinwesenvorstellung, spielt dabei eine wichtige Rolle. Über ein Jahrhundert können wir eine Entwertung der Bedeutung von Gemeinwesenarbeit feststellen. Diese Gemeinwesenarbeit wiederum ist natürlich wichtig für die Konstituierung von Gegenbewegung. Denn: Wenn die Subjekte allmählich den Gemeinwesenbezug verlieren, nimmt die Orientierungslosigkeit weiter zu. Der Orientierungsnotstand wächst. Ich will das nicht nur subjektiv fassen. Es ist aber notwendig, darauf hinzuweisen. Das gegenwärtige Freiheitsversprechen ist bezogen auf die Entfaltung der kreativen Kräfte, unabhängig von Staat und Gesellschaft. Und das ist eine Grundtäuschung, der die Menschen erlegen sind, die sie zugleich aber auch bindet.

Sie sprechen sinngemäß davon, dass Demokratie immer wieder erlernt werden muss. Wer ist in einem demokratischen Gemeinwesen besonders gefordert, damit dieses stetige Erlernen stattfinden kann? Wo sollten diese Lernorte sein?

Das ist nicht genau zu bestimmen. Traditionelle Lernorte sind natürlich die Kitas, die Schulen. Ich habe immer wieder den Versuch unternommen, gewerkschaftliche Bildungsarbeit und die Bewegung, die etwas zu tun hat mit der Schule, zu fördern. Ich glaube, es gibt kein verlässliches Subjekt, auf das man setzen könnte, damit die Verhältnisse sich ändern. Wichtig ist eine Entwicklung, die die normativen Annahmen, unter denen Lernen steht – also Gemeinwesensförderung –, verbreitet werden.

Nehmen wir die Universitäten als Lernorte dazu. Sind nicht auch sie nach Bologna zu „Durchlauferhitzern der Lernens“ degradiert und letztlich kontraproduktiv für das, was Sie beschrieben haben?

Ja, das sind sie leider absolut. Der zweite Band meiner Biografie ist ein großer Protest gegen diese Verwertungsgeschwindigkeiten, die dazu dienen, fragmentiertes Wissen nebeneinanderzustellen und Zusammenhänge eben nicht mehr sichtbar zu machen. Ich plädiere also für die Großvorlesung. Aber wissen Sie, ich mache mir da keine Illusionen. Zwar heißt es bei Hegel: Erfahre immer stärker, dass die geistige Arbeit mehr bewirkt als die körperliche, die andere Arbeit. Wenn erst die Welt des Geistes revolutioniert ist, hält die Wirklichkeit nicht stand. Ja, wenn sie denn revolutioniert ist! Zugleich glaube ich wiederum, dass der depressive Blick auf die Verhältnisse diese nur

verschlimmert. Man muss vielmehr – in Anlehnung an Antonio Gramsci – versuchen, auf der Grundlage einer Art anthroposophischen Optimismus die Ansätze zu finden, mit denen man die Humanität zum Tragen bringt. Ich selbst konnte nie akzeptieren, dass es ausweglose Situationen gibt. Vielleicht hat das auch etwas mit meinem Flüchtlingsdasein zu tun; mit dem Überleben. Immer wieder auf die notwendigen Bewusstseinsbildungsprozesse hinzuweisen, das ist sehr wichtig.

Noch einmal zu der Frage von Technologisierung und Digitalisierung: Es wäre naiv zu sagen: Es ist alles schlecht, was mit diesen Entwicklungen einhergeht. Was ist daher notwendig, um die technologischen Entwicklungen und Folgen der Digitalisierung lenken zu können, damit sie sinnvoll eingesetzt werden können?

Wir berühren mit diesem Thema die Frage von Nähe und Distanz; das Ausbalancieren der Alltagserfahrungen von Menschen. In diesem Zusammenhang kann Digitalisierung eine Rolle spielen. Aber ein Mensch bildet seine Identität nicht digital. Die menschliche Wärme und die Beziehungen in einer Kita oder in einer Schule zu erfahren, kollektiv zu lernen, wie man mit anderen Menschen umgeht oder wie Aggressionen abgebaut werden können, das lernen Sie nur im direkten Kontakt mit anderen Menschen. Die Rückkehr zu der Alltagsform der Erziehung, der Bildung, des Umgangs mit Nachbarn ist ein ganz wichtiger Punkt. Man kann die digitalisierten Formen der Kommunikation dazu nutzen oder auch nicht.

Ich glaube, wir sollten unbedingt verhindern, dass eine fatale geschichtliche Situation entsteht, wonach die Menschen zwar mehr und mehr kollektive Wertschöpfung praktizieren können, diese in ihren Wertschöpfungsergebnissen aber gar nicht mehr richtig kontrollierbar ist. Mich wundert immer wieder, wie viele Milliarden ein Konzern wie VW verfügbar hat, um Gerichtsprozesskosten zu bezahlen. Das heißt, die Wertschöpfung entzieht sich immer stärker der Öffentlichkeit. Doch wenn das der Fall ist, muss auch die Verteilungsgerechtigkeit ein zentraler Punkt des Kampfes gegen diese Form der Entmündigung der Menschen sein.

50 Jahre 1968 und die Folgen werden dieses Jahr allenthalben diskutiert. Salopp gesagt wurden damals in vielen Bereichen die Fenster geöffnet und ordentlich durchgelüftet, damit sich der kleinbürgerliche, gesellschaftliche Nachkriegsmief verzieht. Sehen Sie gegenwärtig Tendenzen, wonach in das gesellschaftliche Miteinander wieder eine miefige Grundierung kommt, bis hin zum Erstarken rechter und rechtsextremer politischer Kräfte?

Ja. Ich glaube, dass politisch eine Rückentwicklung erkennbar ist. Diese wird allerdings nicht bruchlos passieren, weil die Antworten, die die AfD-Leute für die gegenwärtige Krisensituation haben, nicht überzeugend sind. Wir haben es aber mit einer konservativen Wendung zu tun, die sich auch in geistigen Bereichen abzeichnet. Dies hat damit zu tun, dass man die Orientierungsnot beseitigen will. Irgendwie ist ein Konservatismus eigener Art entstanden, der sagt: Ich bin natürlich nicht mit der Fremdenfeindlichkeit einverstanden, aber die Flüchtlinge etwa sollen einfach wegbleiben.

Insofern sind die Folgen der 68er-Bewegung, was den Aufklärungssinn der Öffentlichkeit betrifft, nicht nutzlos, aber schon bedroht. Aber diese Form der Reaktion ist nicht bruchlos. Das ist nicht sehr beruhigend.

Nein, vor allem deswegen nicht, weil es ja überall in Europa passiert.

Wir müssen uns eines immer wieder klarmachen: Europa ist ein Lernprozess. Wie sollen etwa Kulturen, Länder zusammenwachsen, die sich 500 Jahre getrennt entwickelt haben und bis zu einem scheußlichen Krieg ihre Funktion als zerstörerische Kraft dokumentiert haben, wie sollen die einfach durch Verträge zusammenwachsen? Verträge reichen nicht aus. Was sollen die spanischen Jugendlichen, die zu 60 Prozent arbeitslos sind, mit Europa verbinden, außer dass ihnen etwas weggenommen wird? Die soziale Grundlage dieses Lernprozesses muss geschaffen werden.

Man müsste generell aber auch noch einmal überdenken, worin die Substanz demokratischer Lebensverhältnisse besteht. Wenn man ernst nimmt, dass Demokratie die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung ist, die gelernt werden muss, dann muss man auch die Lernziele bezeichnen. Wünschenswertes Ziel im Zuge der technologischen Entwicklung ist es sicher nicht, dass der künstliche Mensch die Zukunft ist. Das sind ohnmächtige Versuche, hier etwas vorzugeben. Ich bin überzeugt: Nach wie vor gilt der humanistische Ansatz, wonach die Menschen in einer befreiten, auch durch Selbstbefreiung bestimmten Gesellschaft leben wollen. Und vor diesem Hintergrund müssen wir sehen, was gelernt werden sollte und dass man dafür ein möglichst intaktes Gemeinwesen benötigt. Das ist so alt wie Plato. Bestimmte Strukturen, zum Beispiel der Demokratieverwerfung, finden wir schon bei Plato und Aristoteles. Das hilft jetzt konkret nicht weiter, klar. Aber: Die langen Linien in und für unser Denken sind unabdingbar. Für Fragen, was wir zu bewahren haben; was wir machen wollen; was schiefgelaufen ist; was sinnvoll ist für ein erfülltes Leben; was zu machen ist für die Menschen, damit sie freier und gerechter existieren können.

Gibt es bestimmte Gruppierungen oder Orte, wo Sie sagen würden: Da sind potenzielle Multiplikatoren, um das demokratische Gemeinwesen zu erhalten und fortzuentwickeln, die gestärkt werden sollen?

Ja. Vor allem das öffentliche Denken. Nicht das private Denken. Vorzuführen, was *Denken* ist, egal wo. Nicht etwas vorzulesen, was vorformuliert ist, sondern zu zeigen, dass ich denke. Dies wiederum kann die Menschen motivieren, selber zu denken. Das ist keine weltbewegende Antwort. Für die Beseitigung des angesprochenen Orientierungsnotstandes sehe ich aber im Augenblick keine Alternativen.

Abschließend: Sie sprachen einmal vom „Kältestrom der Gesellschaft“. Was ist damit gemeint?

Ich glaube, der Kältestrom hat damit zu tun, dass die Unachtsamkeit der Menschen auf den anderen, die Nichteinbeziehung des anderen im Denken beginnt. Diese Selbstbezogenheit der Menschen wird so groß, dass die Rücksichtnahme auf den anderen praktisch verschwindet. Dies ist aber nur bedingt richtig. Gerade in meinem Alter macht man Erfahrungen, die wiederum erstaunlich positiv sind. Die Hilfsbereit-

schaft der Menschen mir gegenüber ist spontan und gewachsen. Sprich: Es ist eine zwiespältige Haltung, die es bei den Menschen gibt. Ich spreche in diesem Zusammenhang nicht zufällig schon sehr früh von Illusionskrisen. Illusionskrisen bestehen für mich darin, dass altbewährte nicht mehr ungesehen gelten, neue noch nicht da sind, aber gesucht werden. Es ist eine Suchbewegung. In dieser Suchbewegung befinden wir uns. Es ist offen, wo das hingeht. Wärmestrom bestünde also darin, Rücksicht auf den anderen zu nehmen und vor allen Dingen mit den anderen zu kommunizieren und gefühlsmäßigen Kontakt aufzunehmen; gefühlsmäßige Bindung herzustellen.

Ist das ein Stück weit auch eine Frage wechselseitiger Anerkennung?

Es ist noch etwas mehr. Es ist eher die gefühlsmäßige Bindung. Der Kampf um Anerkennung hat ja schon die traditionelle Form des Herstellens von Gerechtigkeit zum Ziel. Aber das bezieht das ein. Es ist durchaus der Fall.

Interview: Peter Kulefa

Oskar Negt

gilt als einer der bedeutendsten Sozialwissenschaftler Deutschlands. Er studierte bei Max Horkheimer, promovierte bei Theodor W. Adorno in Philosophie. Von 1962 bis 1970 arbeitete er als Assistent von Jürgen Habermas. Während der Studentenbewegung von 1968 trat er als einer der Wortführer der Außerparlamentarischen Opposition auf. Von 1970 bis 2002 war Negt Professor für Soziologie in Hannover. Seine Schriften sind im Steidl Verlag erschienen, auch seine aktuellen zwei autobiografischen Bände.